



Gemeinde Thürnen
Kanton Basel-Landschaft

Zonenplan Siedlung / Zonenplan Landschaft / Teilzonenplan Neumatt / Leim
Mutation "Gewässerraum"

Planungsbericht

Berichterstattung gemäss Art. 47 RPV

Stand: 6. Mai 2021; Beschlussfassung



Impressum

Verfasst Namens des Gemeinderates

Verfasser



Stierli + Ruggli
Ingenieure + Raumplaner AG

www.stierli-ruggli.ch
info@stierli-ruggli.ch

Bearbeitung

Simon Käch / Edith Binggeli

Datei-Name

66019_Ber01_Planungsbericht_GWR_Beschlussfassung_20210506.docx

Inhalt

1	AUSGANGSLAGE	1
1.1	Zielsetzungen	2
1.2	Planungsperimeter	2
2	ORGANISATION UND BESTANDTEILE	4
2.1	Gemeindebehörde.....	4
2.2	Planungsbüro	4
2.3	Ablauf der Planung	4
2.4	Gegenstand	5
3	GRUNDLAGEN.....	6
3.1	Bund	6
3.2	Kanton	6
3.3	Zonenplan Siedlung	6
3.4	Zonenplan Landschaft.....	7
3.5	Teilzonenplan Neumatt / Leim.....	7
4	PLANUNGSRISULTATE	9
5	KANTONALE VORPRÜFUNG	17
6	ÖFFENTLICHE MITWIRKUNG	17
7	BESCHLUSSFASSUNG	17
8	AUFLAGE	17
9	GENEHMIGUNGSANTRAG.....	17
10	WEITERES VORGEHEN / FAZIT	18

1 Ausgangslage

Seit 2011 gelten in der Schweiz neue gesetzliche Bestimmungen zum Gewässerschutz. Sie sollen dazu beitragen, dass die Gewässer künftig wieder naturnaher werden und einen Beitrag zur Steigerung der Biodiversität, zum Hochwasserschutz, zur Trinkwasserversorgung und zur Naherholung leisten. Damit sie diese Aufgaben jedoch erfüllen können, benötigen Gewässer genügend Raum. Daher muss neu entlang von Flüssen, Bächen und Seen ein sogenannter Gewässerraum festgelegt werden.

Entsprechend legen gemäss Art. 36a des Bundesgesetzes über den Schutz der Gewässer (Gewässerschutzgesetz, GSchG) die Kantone neu nach Anhörung der betroffenen Kreise den Raumbedarf (Gewässerraum) der oberirdischen Gewässer fest, der erforderlich ist für die Gewährleistung der natürlichen Funktion der Gewässer, des Schutzes vor Hochwasser und der Gewässernutzung. Zudem sorgen die Kantone dafür, dass dieser Gewässerraum bei der Richt- und Nutzungsplanung berücksichtigt wird.

Mit der Anpassung des § 12a des Raumplanungs- und Baugesetzes (RBG) (in Kraft seit 1. April 2019) kommt nun der Kanton Basel-Landschaft den im Gewässerschutzgesetz vorgegebenen Verpflichtungen entsprechend nach und überträgt den Gemeinden die Planungsaufgabe, Gewässerräume innerhalb des Siedlungsgebietes und in Bauzonen ausserhalb des Siedlungsgebietes auszuscheiden und grundeigentümerverbindlich festzulegen. Ausserhalb des Siedlungsgebietes legt der Kanton mittels kantonalem Nutzungsplan die Gewässerräume fest (für die Gemeinde Thürnen liegt bereits ein Entwurf vor). Im Bereich von Schnittstellen zwischen der Siedlung und Landschaft können sich die Gemeinde und der Kanton einvernehmlich auf die Planungshoheit einigen.

Der Gewässerraum wird flächig als Korridor im Bereich eines Fliessgewässers ausgeschieden. Unter Art. 41a der eidgenössischen Gewässerschutzverordnung wird festgelegt, wie die minimale Breite dieses Raumes auf Basis der natürlichen Gerinnesohlenbreite eines Fliessgewässers zu berechnen ist. Aufgrund von Hochwasserschutz- oder Revitalisierungsmassnahmen muss dieser minimale Gewässerraum allenfalls verbreitert werden. Bei eingedolten Fliessgewässern kann im Einzelfall basierend auf einer fundierten Interessenabwägung auf die Ausscheidung eines Gewässerraums verzichtet werden.

Grundsätzlich sind gemäss Art. 41c der eidgenössischen Gewässerschutzverordnung innerhalb des Gewässerraumes lediglich eine extensive Gestaltung und Bewirtschaftung zulässig. Dies bedeutet, dass nur standortgebundene, im öffentlichen Interesse liegende Anlagen wie Fuss- und Wanderwege, Flusskraftwerke oder Brücken erstellt werden dürfen. Neue Bauten und Anlagen sind nicht zu lässig. Rechtmässig erstellte Bauten und Anlagen geniessen jedoch Bestandesgarantie. Folglich dürfen sie unterhalten und angemessen erneuert werden.

Bis zur nutzungsplanerischen Festlegung der Gewässerräume in den Zonenvorschriften Siedlung gelten die Übergangsbestimmungen gemäss Gewässerschutzverordnung (GSchV), die einen provisorischen Gewässerraum vorgeben. Bei Fliessgewässern mit einer bis zu 12 Meter breiten Gerinnesohle beträgt dieser beidseitig 8 Meter plus die Breite der bestehenden Gerinnesohle. Die Übergangsbestimmungen gelten auch für eingedolte, künstliche und private Fliessgewässer sowie

für stehende Gewässer mit einer Wasserfläche > 0.5 ha. Folglich besteht bereits heute für sämtliche Oberflächengewässer in Thürnen ein Gewässerraum, den es zu berücksichtigen gilt.

Innerhalb des Siedlungsgebietes der Gemeinde Thürnen fliessen der Homburgerbach, das Dubenrainbächli, Weieracherbächli, Schürrainbächli, Haldenbächli und das Grabacherbächli (Abbildung 1). Diese Bäche fliessen teilweise offen, teilweise sind sie aber auch eingedolt.

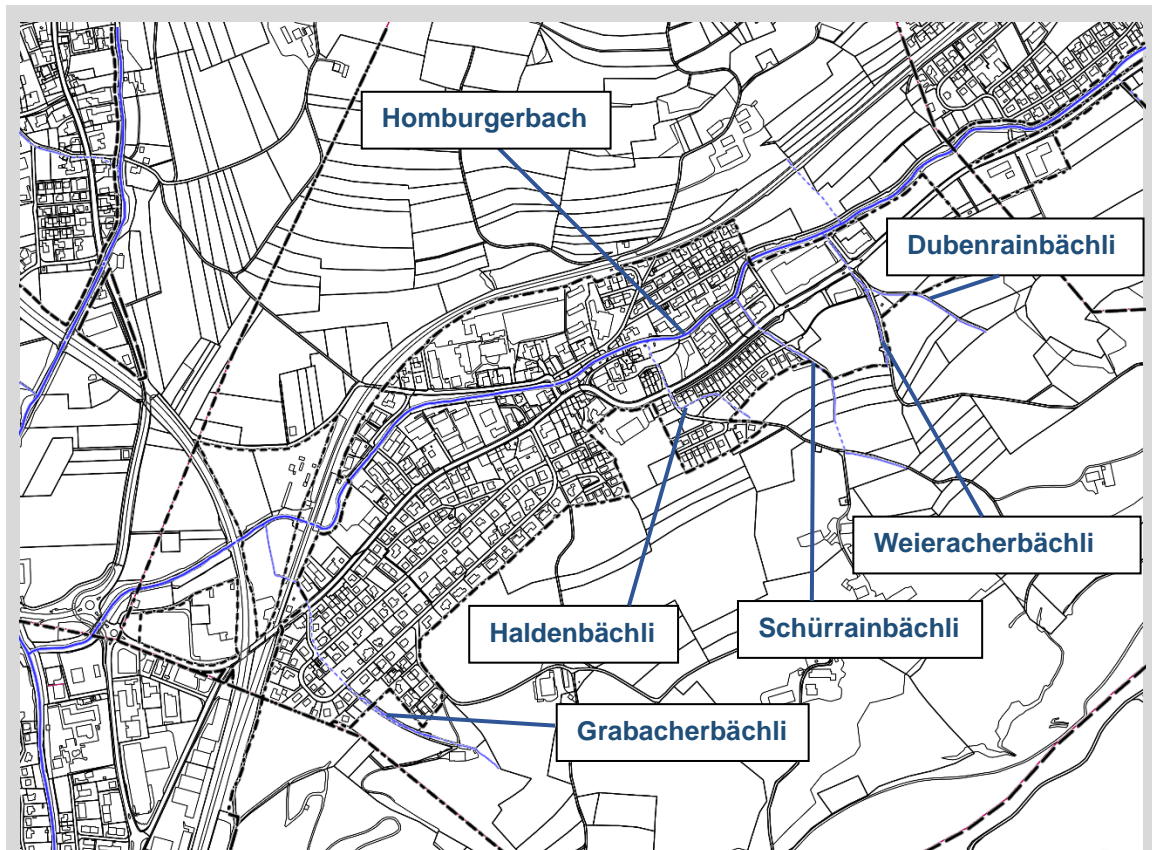


Abbildung 1: Fließgewässer in der Gemeinde Thürnen; Quelle: geoview.bl.ch.

1.1 Zielsetzungen

Mit der vorliegenden Mutation "Gewässerraum" zum Zonenplan Siedlung, Zonenplan Landschaft und Teilzonenplan Neumatt / Leim soll für die sechs Fließgewässer innerhalb des Siedlungsgebietes, vereinzelt im Schnittbereich zwischen Siedlung und Landschaft und im Gebiet Neumatt / Leim ein Gewässerraum ausgeschieden werden bzw. begründet werden, weshalb auf die Festlegung eines Gewässerraumes, gestützt auf die Gewässerschutzverordnung, verzichtet wird.

1.2 Planungsperimeter

Gemäss § 12a des Raumplanungs- und Baugesetzes wird der Gewässerraum innerhalb des Siedlungsgebietes sowie in Bauzonen ausserhalb des Siedlungsgebietes von den Gemeinden ausgeschieden. Entsprechend beinhaltet der Planungsperimeter der vorliegenden Mutation "Gewässerraum" sowohl den Zonenplan Siedlung wie auch den Teilzonenplan Neumatt / Leim. Dieser beinhaltet eine Spezialzone für Kiesverarbeitung, welche Bauzonencharakter aufweist.

Zudem können sich der Kanton und die Gemeinde bei Schnittstellen zwischen der Siedlung und Landschaft einvernehmlich auf die Planungshoheit einigen (§12a Abs. 2 RBG). Entsprechend soll der Gewässerraum für den Homburgerbach und das Grabackerbächli zwischen dem Zonenplan Siedlung und dem Teilzonenplan Neumatt / Leim auch im Bereich des Zonenplans Landschaft mit vorliegender Mutation festgelegt werden.

Entlang des Homburgerbachs befinden sich die Quartierplanungen "Chilchmatt" und "Brückmatt". Sie werden vom Gewässerraum gemäss Übergangsbestimmungen überlagert. Jedoch hat bei beiden Planungen noch keine definitive Gewässerraumfestlegung stattgefunden. Entsprechend soll dies ebenfalls mit vorliegender Mutation vollzogen und ein Gewässerraum innerhalb der Quartierplan-Perimeter festgelegt werden.

2 Organisation und Bestandteile

2.1 Gemeindebehörde

Die Bearbeitung der Mutation "Gewässerraum" wurde durch den Gemeinderat begleitet, der als vollziehende Planungsbehörde die Planungsergebnisse verabschiedet.

Mitglieder des Gemeinderates zum Zeitpunkt der Planungsarbeiten bzw. Beschlussfassung:

• Hofer Alfred	Gemeindepräsident
• Dellolio Pino	Vizepräsident
• Brun-Buess Jakob	Gemeinderat (bis Sommer 2020)
• Gisin Sarina	Gemeinderätin (ab Sommer 2020)
• Marti Susanne	Gemeinderätin
• Thommen Markus	Gemeinderat (bis Sommer 2020)
• Salkic Fadil	Gemeinderat (ab Sommer 2020)

Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung:

• Racchi Sandro	Gemeindeverwalter
-----------------	-------------------

2.2 Planungsbüro

Stierli + Ruggli Ingenieure und Raumplaner AG, 4415 Lausen.

Vom Planungsbüro zeichnen sich Simon Käch und Edith Binggeli-Strub für die Bearbeitung und fachliche Beratung der Gemeinde verantwortlich.

2.3 Ablauf der Planung

Nachfolgend werden die wichtigsten Entscheidstationen und Verfahrensschritte aufgeführt. Der Planungsablauf wird laufend phasengerecht nachgeführt.

– Grundlagenerarbeitung / Analyse	Juni - September 2019
– Freigabe durch den Gemeinderat z.H. kantona- ler Vorprüfung	29. Oktober 2019
– Eingabe der Planungsinstrumente in kantonales Vorprüfungsverfahren	7. November 2019
– Erhalt Vorprüfungsbericht / Stellungnahmen kant. Fachstellen	3. März 2020
– Bereinigung Planungsinstrumente	April - Mai 2020
– Öffentliches Mitwirkungsverfahren	10. August 2020 – 10. September 2020
– Öffentliche Infoveranstaltung	19. August 2020
– Mitwirkungsgespräche	1. September 2020 / 3. September 2020
– Bereinigung Planungsinstrumente / Verfassen Mitwirkungsbericht	Oktober 2020 – März 2021

– Publikation Mitwirkungsbericht	Amtliches Mitteilungsblatt Nr. 561, vom 30. April 2021
– Beschlussfassung Gemeinderat	12. April 2021
– Beschlussfassung Gemeindeversammlung	
– Auflageverfahren	
– Genehmigungsverfahren	

2.4 Gegenstand

Verbindliche Planungsinstrumente

- Mutation "Gewässerraum" zum Zonenplan Siedlung, Zonenplan Landschaft, Teilzonenplan Neumatt / Leim, Situation 1:2'000

Orientierende Planungsinstrumente

- Planungsbericht (orientierende Berichterstattung gem. Art. 47 RPV)
- Mitwirkungsbericht

3 Grundlagen

3.1 Bund

Für die Ausarbeitung der Mutation "Gewässerraum" waren die Bestimmungen gemäss Art. 36a des Gewässerschutzgesetzes sowie gemäss Art. 41a ff. der Gewässerschutzverordnung massgebend. Diese geben u.a. die einzuhaltende Mindestbreite des Gewässerraumes, die Möglichkeiten eines Verzichts sowie die in den Gewässerräumen zulässige Nutzung vor.

Des Weiteren diente die modulare Arbeitshilfe zur Festlegung und Nutzung des Gewässerraums in der Schweiz des Bundesamtes für Raumentwicklung (ARE), Bundesamtes für Umwelt (BAFU), Bundesamtes für Landwirtschaft (BLW), der Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz sowie der Konferenz der kantonalen Landwirtschaftsdirektoren (2019) als Grundlage für die Ausscheidung der Gewässerräume.

3.2 Kanton

Art. 12a Abs. 2 des Raumplanungs- und Baugesetzes (RBG) hält fest, dass der Gewässerraum innerhalb des Siedlungsgebietes und in Bauzonen ausserhalb des Siedlungsgebietes von den Gemeinden im Rahmen ihrer Nutzungsplanung ausgeschieden wird.

Als Planungsgrundlagen in die vorliegende Planung eingeflossen sind die Vorgaben der Arbeitshilfe Gewässerraum, welche vom kantonalen Amt für Raumplanung (ARP) erarbeitet worden ist (2019) sowie das kantonale Wasserbaukonzept inkl. strategischer Revitalisierungsplanung.

Auf Basis des aktuellen Gewässernetzes hat das ARP zudem einen theoretischen Gewässerraum gemäss den Vorgaben der eidgenössischen Gewässerschutzverordnung berechnet. Diese Daten wurden der Gemeinde zur Verfügung gestellt und sind ebenfalls in die vorliegende Mutation eingeflossen.

3.3 Zonenplan Siedlung

Der Zonenplan Siedlung der Gemeinde Thürnen (RRB Nr. 1792 vom 27. November 2018) beinhaltet Uferschutzzonen zum Schutz der Gewässer und deren Uferbereiche (Abbildung 2). Ansonsten wurden bisher keine Gewässerräume festgelegt.

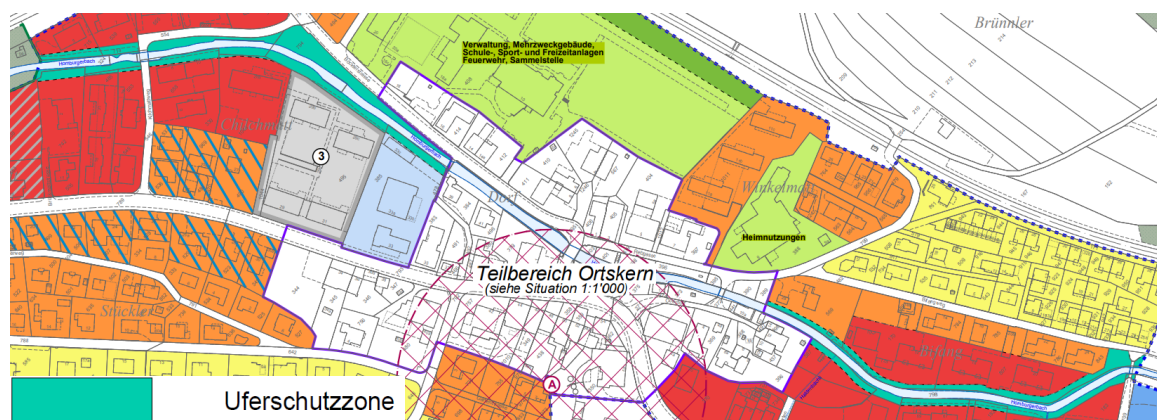


Abbildung 2: Uferschutzzonen im Zonenplan Siedlung der Gemeinde Thürnen.

3.4 Zonenplan Landschaft

Der Zonenplan Landschaft der Gemeinde Thürnen (RRB Nr. 1439 vom 13. Oktober 2009) beinhaltet ebenfalls Uferschutzzonen zum Schutz der Gewässer und deren Uferbereiche (Abbildung 3). Ansonsten wurden bisher keine Gewässerräume festgelegt. Der Gemeinderat Thürnen beantragt bei der kantonalen Fachstelle, dass die Planungshoheit für den Bereich zwischen dem Zonenplan Siedlung und dem Teilzonenplan Neumatt / Leim der Gemeinde übertragen wird. Dadurch soll eine einheitliche Ausscheidung des Gewässerraums entlang des Homburgerbachs und des Grabackbächlis sichergestellt werden.

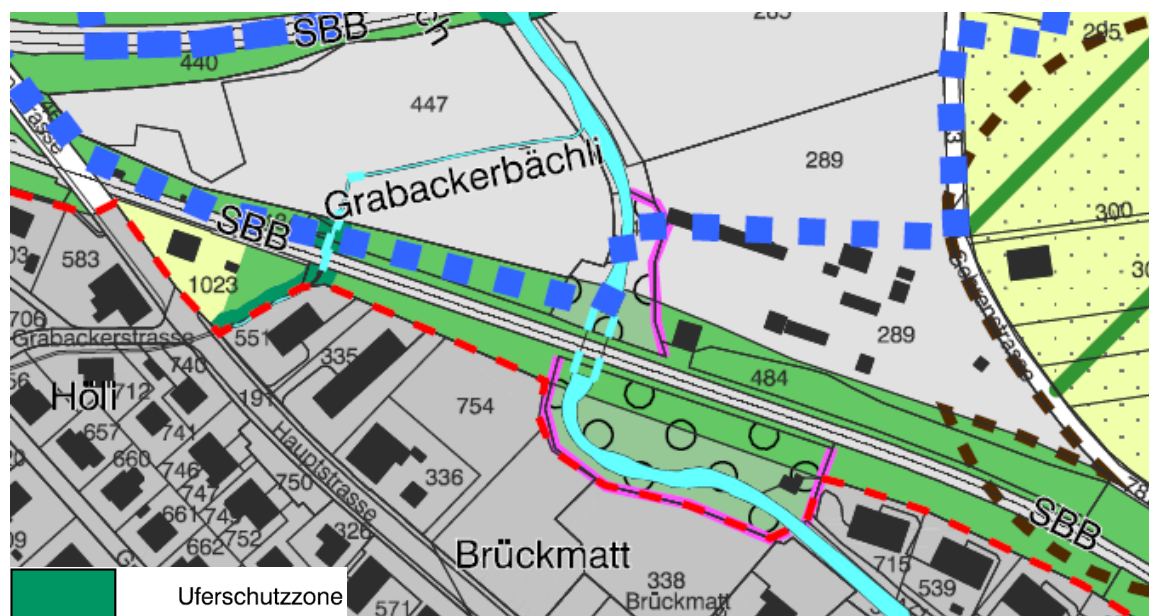


Abbildung 3: Ausschnitt Zonenplan Landschaft im Bereich der Gewässerraumfestlegung.

3.5 Teilzonenplan Neumatt / Leim

Der Teilzonenplan Neumatt / Leim (RRB Nr. 1020 vom 11. April 1995) beinhaltet Landwirtschaftszonen sowie eine Spezialzone für Kiesverarbeitung (siehe Abbildung 4). Diese dient dem Betrieb einer Kiesverarbeitungsanlage. Weiter wurde entlang des Homburgerbachs eine Naturschutzzone ausgeschieden zur Erhaltung des Homburgerbachs mitsamt seiner Ufervegetation. Entsprechend widersprechen die Bestimmungen der Naturschutzzone den Bestimmungen zum Gewässerraum nicht, weshalb diese nicht aufgehoben wird.

Bei der Spezialzone handelt es sich um eine Zone mit Bauzonencharakter. Entsprechend obliegt die Festlegung eines Gewässerraumes für diesen Abschnitt gemäss § 12a RBG der Gemeinde. Allerdings handelt sich hier auch um eine Schnittstelle zwischen Siedlung und Landschaft aufgrund der Landwirtschaftszonen innerhalb des Teilzonenplans. Daher beantragt der Gemeinderat Thürnen bei der kantonalen Fachstelle, dass die Planungshoheit für den gesamten Teilzonenplan Neumatt / Leim gestützt auf § 12a Abs. 2 der Gemeinde übertragen wird.



Abbildung 4: Teilzonenplan Neumatt / Leim (RRB Nr. 1020 vom 11. April 1995).

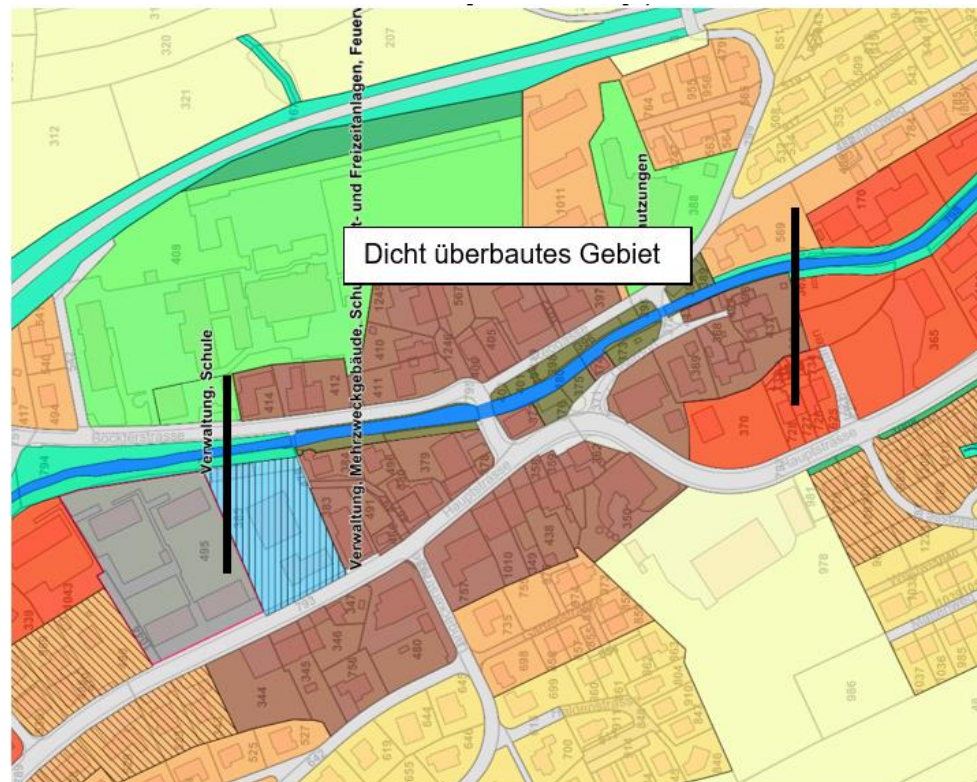
4 Planungsergebnisse

Die altrechtlich festgelegten Uferschutzzonen werden durch die Gewässerräume überlagert. Entsprechend bleiben die Uferschutzzonen weiterhin bestehen.

Gewässer	Begründung und Interessenabwägung
Homburgerbach	<ul style="list-style-type: none"> - Gemäss kantonalem Gewässerkataster variiert im Siedlungsgebiet die Gerinnesohlenbreite des Homburgerbachs zwischen 4 und 6 Metern. Die Wasserspiegelbreitenvariabilität ist mehrheitlich eingeschränkt, teilweise fehlt sie auch. - Entsprechend muss für die Berechnung des minimalen Gewässerraums die Breite der natürlichen Gerinnesohle hergeleitet werden. Unter Einbezug eines Korrekturfaktors (1.5 bzw. 2.0) variiert die natürliche Gerinnesohlenbreite zwischen 6 und 12 Metern. Eine derartige Variabilität innerhalb des Siedlungsgebietes ist jedoch wenig plausibel. Daher werden für die Herleitung ergänzend Vergleichsstrecken hinzugezogen. - Südlich der Gemeinde Diepfingen, ausserhalb des Siedlungsgebietes, fliesst der Homburgerbach natürlich und die Wasserspiegelbreitenvariabilität ist entsprechend ausgeprägt. Die natürliche Gerinnesohlenbreite beträgt hier 6 Meter. - Im Bereich, in dem der Homburgerbach in die Ergolz mündet bzw. auf dem Gebiet der Gemeinde Sissach weist der Bach ebenfalls eine ausgeprägte Breitenvariabilität und Natürlichkeit auf. Hier beträgt die natürliche Gerinnesohlenbreite 5 Meter. - Die beiden Strecken eignen sich als Vergleichsstrecken, da sei ein ähnliches Gefälle sowie dasselbe Abflussregime und Einzugsgebiet wie die Strecke in der Gemeinde Thürnen aufweisen, - Aufgrund dieser Vergleichsstrecken und unter Berücksichtigung eines Korrekturfaktors wird für die Berechnung der minimalen Breite des Gewässerraums eine natürliche Gerinnesohlenbreite von 6 Metern angewendet. Diese Breite gilt für den gesamten Abschnitt des Homburgerbachs in Thürnen. - Das Gewässer liegt weder in einem Biotop von nationaler Bedeutung noch in einem kantonalen Naturschutzgebiet, in einer Moorlandschaft von besonderer Schönheit und nationaler Bedeutung, in einem Wasser- und Zugvogelreservat von internationaler oder nationaler Bedeutung, in einer Landschaft von nationaler Bedeutung oder in einem kantonalen Landschaftsschutzgebiet. - Basierend auf den Berechnungsmethoden der eidgenössischen Gewässerschutzverordnung (Art 41a Abs. 2 lit. a. GSchV) hat der minimale Gewässerraum daher eine Breite von 22 Metern. - Eine Verbreiterung des minimalen Gewässerraumes zur Gewährleistung des Schutzes vor Hochwasser ist nicht notwendig. Sämtliche Gefahrenbereiche Hochwasser mit erheblicher Gefährdung gemäss Naturgefahrenkarte kommen innerhalb des minimalen Gewässerraums zu liegen. Zudem sieht das kantonale Wasserbaukonzept keine Hochwasserschutzmassnahmen vor. Die Vorgaben der kantonalen Arbeitshilfe Gewässerraum werden also eingehalten. - Eine Verbreiterung des minimalen Gewässerraums aufgrund von kantonalen Revitalisierungsvorhaben ist ebenfalls nicht notwendig, da keine Massnahmen für den Homburgerbach im Gebiet von Thürnen vorgesehen sind. Im Rahmen von konkreten Revitalisierungsvorhaben ist die Breite des Gewässerraums zu gegebener Zeit allenfalls zu überprüfen. - Der Ortskern bzw. die Kernzone der Gemeinde Thürnen weist eine hohe bauliche Dichte auf. Zudem stehen hier historisch bedingt einige Bauten direkt am oder in der Nähe des Homburgerbachs. Als Folge davon kommen die Gebäude nun teilweise innerhalb des Gewässerraums mit minimaler Breite zu liegen. Um den Gewässerraum an diese baulichen Gegebenheiten anpassen zu können, gilt es zu prüfen, ob es sich beim Ortskern um dicht überbautes Gebiet gemäss Art. 41a Abs. 4 lit. a. GSchV handelt. <p>Gemäss kantonomer Arbeitshilfe liegt dann ein dicht überbautes Gebiet vor, wenn der Gewässerraum mehrheitlich mit Bauten überbaut ist, die Grundstücke in einer Kernzone liegen und die Grundstücke in der Umgebung ebenfalls mehrheitlich überbaut sind. Diese drei Vorgaben sind im Ortskern</p>

Gewässer**Begründung und Interessenabwägung**

von Thürnen erfüllt. Es befinden sich in der Kernzone mehr als die Hälfte der Bauten entlang des Homburgerbachs innerhalb des Gewässerraums mit minimaler Breite (siehe Abbildung unten). Folglich kann der Gewässerraum an die baulichen Gegebenheiten angepasst werden.



In den Bereichen, in denen der Gewässerraum angepasst worden ist, befinden sich die Gefahrenbereiche Hochwasser mit erheblicher Gefährdung weiterhin innerhalb des Gewässerraums. Ausser bei der Parzelle Nr. 377, wo es sich um ein Gefahrengebiet aufgrund einer punktuellen Schwachstelle handelt. Eine Verbreiterung des Gewässerraumes zugunsten einer möglichen Aufweitung des Gerinnequerschnitts ist hier allerdings nicht zweckmässig.

Fazit Homburgerbach: Für den Homburgerbach wird ein Gewässerraum mit einer Breite von 22 Metern ausgeschieden, wodurch die gesetzlich vorgegebene Mindestbreite eingehalten wird. Der Gewässerraum wird im Ortskern aufgrund der dichten Bebauung den baulichen Gegebenheiten angepasst. Für die Quartierplanungen "Chilchmatt" und "Brückmatt" wird der Gewässerraum ebenfalls mit vorliegender Planung festgelegt. Die vom Gewässerraum überlagerten Uferschutzzonen bleiben bestehen. In den Bereichen, in denen die bestehenden Uferschutzzonen breiter als der Gewässerraum sind, wird der Gewässerraum den Uferschutzzonen angepasst.

Zur Gewährleistung einer einheitlichen Ausscheidung beantragt zudem die Gemeinde beim Kanton, den Gewässerraum auch im Bereich zwischen dem Siedlungsgebiet und dem Teilzonenplan Neumatt / Leim im Landschaftsgebiet gestützt auf §12a Abs. 2 RBG mit vorliegender Mutation festlegen zu können.

Im südlichen Schnittbereich zwischen Siedlung und Landschaft soll der Gewässerraum im Rahmen der kantonalen Nutzungsplanung in enger Zusammenarbeit mit der Gemeinde festgelegt werden.

Gewässer	Begründung und Interessenabwägung
Dubenrainbächli	<ul style="list-style-type: none"> - Beim Dubenrainbächli handelt es sich um ein kleines Fliessgewässer. Der kantonale Gewässerkataster beinhaltet keine Angaben zur Breite der Gerinnesohle oder zur Breitenvariabilität. - Das Fehlen der kantonalen Daten ist ein Hinweis darauf, dass es sich um ein sehr kleines Gewässer mit einer natürlichen Gerinnesohlenbreite von weniger als 2 Metern handelt. Eine entsprechende Begehung des Fliessgewässers hat diesen Hinweis bestätigt. - Das Gewässer liegt weder in einem Biotop von nationaler Bedeutung noch in einem kantonalen Naturschutzgebiet, in einer Moorlandschaft von besonderer Schönheit und nationaler Bedeutung, in einem Wasser- und Zugvogelreservat von internationaler oder nationaler Bedeutung, in einer Landschaft von nationaler Bedeutung oder in einem kantonalen Landschaftsschutzgebiet. - Basierend auf den Berechnungsmethoden der eidgenössischen Gewässerschutzverordnung (Art. 41a Abs. 2 lit. a. GSchV) hat der minimale Gewässerraum daher eine Breite von 11 Metern. - Die Verbreiterung des minimalen Gewässerraumes zur Gewährleistung des Schutzes vor Hochwasser ist nicht notwendig. Es befinden sich keine Gefahrenbereiche mit erheblicher Gefährdung entlang des Bächlis. - Die strategische Revitalisierungsplanung des Kantons sieht keine Revitalisierung des Gewässers vor, entsprechend ist auch ein Verbreiterung zugunsten von Revitalisierungsmassnahmen nicht notwendig. <p>Fazit Dubenrainbächli: Für das Dubenrainbächli wird daher ein Gewässerraum mit einer Mindestbreite von 11 Metern ausgeschieden. Ein Teil des Gewässerraums befindet sich ausserhalb des Siedlungsgebiets, weshalb dieser im Rahmen einer kantonalen Nutzungsplanung festgelegt.</p>
Weieracherbächli	<ul style="list-style-type: none"> - Beim Weieracherbächli handelt es sich ebenfalls um ein kleines Fliessgewässer. Der kantonale Gewässerkataster beinhaltet wiederum keine Angaben zur Breite der Gerinnesohle oder die Breitenvariabilität. - Das Fehlen der kantonalen Daten ist auch hier ein Hinweis darauf, dass es sich um ein sehr kleines Gewässer mit einer natürlichen Gerinnesohlenbreite von weniger als 2 Metern handelt. Eine entsprechende Begehung des Fliessgewässers hat diesen Hinweis auch hier bestätigt. - Das Gewässer liegt weder in einem Biotop von nationaler Bedeutung noch in einem kantonalen Naturschutzgebiet, in einer Moorlandschaft von besonderer Schönheit und nationaler Bedeutung, in einem Wasser- und Zugvogelreservat von internationaler oder nationaler Bedeutung, in einer Landschaft von nationaler Bedeutung oder in einem kantonalen Landschaftsschutzgebiet. - Basierend auf den Berechnungsmethoden der eidgenössischen Gewässerschutzverordnung (Art. 41a Abs. 2 lit. a. GSchV) hat der minimale Gewässerraum daher eine Breite von 11 Metern. - Die Verbreiterung des minimalen Gewässerraumes zur Gewährleistung des Schutzes vor Hochwasser ist nicht notwendig. Es befinden sich keine Gefahrenbereiche mit erheblicher Gefährdung entlang des Bächlis. - Die strategische Revitalisierungsplanung des Kantons sieht keine Revitalisierung des Gewässers vor, entsprechend ist auch ein Verbreiterung zugunsten von Revitalisierungsmassnahmen nicht notwendig. <p>Fazit Weieracherbächli: Für das Weieracherbächli wird daher ein Gewässerraum mit einer Mindestbreite von 11 Metern ausgeschieden. Die vom Gewässerraum überlagerten Uferschutzzonen bleiben bestehen. Ein Teil des Gewässerraums befindet sich ausserhalb des Siedlungsgebiets, weshalb dieser im Rahmen einer kantonalen Nutzungsplanung festgelegt.</p>

Gewässer	Begründung und Interessenabwägung
Schürrainbächli	<ul style="list-style-type: none"> - Beim Schürrainbächli handelt es sich ebenfalls um ein kleines Fliessgewässer. Der kantonale Gewässerkataster beinhaltet wiederum keine Angaben zur Breite der Gerinnesohle oder die Breitenvariabilität. - Das Fehlen der kantonalen Daten ist auch hier ein Hinweis darauf, dass es sich um ein kleines Gewässer mit einer natürlichen Gerinnesohlenbreite von weniger als 2 Metern handelt. Eine entsprechende Begehung des Fliessgewässers hat diesen Hinweis bestätigt. - Das Gewässer liegt weder in einem Biotop von nationaler Bedeutung noch in einem kantonalen Naturschutzgebiet, in einer Moorlandschaft von besonderer Schönheit und nationaler Bedeutung, in einem Wasser- und Zugvogelreservat von internationaler oder nationaler Bedeutung, in einer Landschaft von nationaler Bedeutung oder in einem kantonalen Landschaftsschutzgebiet. - Basierend auf den Berechnungsmethoden der eidgenössischen Gewässerschutzverordnung (Art. 41a Abs. 2 lit. a. GSchV) hat der minimale Gewässerraum daher eine Breite von 11 Metern. - Die Verbreiterung des minimalen Gewässerraumes zur Gewährleistung des Schutzes vor Hochwasser ist nicht notwendig. Es befinden sich keine Gefahrenbereiche mit erheblicher Gefährdung entlang des Bächlis. - Die strategische Revitalisierungsplanung des Kantons sieht keine Revitalisierung des Gewässers vor, entsprechend ist auch ein Verbreiterung zugunsten von Revitalisierungsmassnahmen nicht notwendig. <p>Fazit Schürrainbächli: Für das Schürrainbächli wird ein Gewässerraum mit einer Mindestbreite von 11 Metern ausgeschieden. Die vom Gewässerraum überlagerten Uferschutzzonen bleiben bestehen. Ein Teil des Gewässerraums befindet sich ausserhalb des Siedlungsgebiets, weshalb dieser im Rahmen einer kantonalen Nutzungsplanung festgelegt.</p>
Haldenbächli	<ul style="list-style-type: none"> - Beim Haldenbächli handelt es sich ebenfalls um ein kleines Fliessgewässer. Der kantonale Gewässerkataster beinhaltet wiederum keine Angaben zur Breite der Gerinnesohle oder die Breitenvariabilität. - Das Fehlen der kantonalen Daten ist auch hier ein Hinweis darauf, dass es sich um ein kleines Gewässer mit einer natürlichen Gerinnesohlenbreite von weniger als 2 Metern handelt. Eine entsprechende Begehung des Fliessgewässers hat diesen Hinweis bestätigt. - Das Gewässer liegt weder in einem Biotop von nationaler Bedeutung noch in einem kantonalen Naturschutzgebiet, in einer Moorlandschaft von besonderer Schönheit und nationaler Bedeutung, in einem Wasser- und Zugvogelreservat von internationaler oder nationaler Bedeutung, in einer Landschaft von nationaler Bedeutung oder in einem kantonalen Landschaftsschutzgebiet. - Basierend auf den Berechnungsmethoden der eidgenössischen Gewässerschutzverordnung (Art. 41a Abs. 2 lit. a. GSchV) hat der minimale Gewässerraum daher durchgehend eine Breite von 11.00 Metern. - Die Verbreiterung des minimalen Gewässerraumes zur Gewährleistung des Schutzes vor Hochwasser ist nicht notwendig. Es befinden sich keine Gefahrenbereiche mit erheblicher Gefährdung entlang des Bächlis. - Die strategische Revitalisierungsplanung des Kantons sieht keine Revitalisierung des Gewässers vor, entsprechend ist auch ein Verbreiterung zugunsten von Revitalisierungsmassnahmen nicht notwendig. - Das Fliessgewässer ist jedoch innerhalb des Siedlungsgebietes grossmehrheitlich eingedolt. Entsprechend gilt es zu prüfen, ob für die eingedolten Abschnitte Potential für eine künftige Ausdolung vorhanden ist oder auf die Festlegung eines Gewässerraums verzichtet werden kann (Art. 41a Abs. 5 lit. b. GSchV). Mit der Festlegung eines Gewässerraums bei eingedolten Fliessgewässern soll langfristig der Raum für eine spätere Bachfreilegung gesichert werden.

Gewässer	Begründung und Interessenabwägung
	<ul style="list-style-type: none"> - Gemäss Art. 41a Abs. 5 GSchV kann bei eingedolten Fliessgewässern auf die Festlegung eines Gewässerraums verzichtet werden, sofern keine überwiegenden Interessen entgegenstehen. Entsprechend ist eine Interessenabwägung durchzuführen. Dabei gilt es die unterschiedlichen Interessen aufzuführen, zu beschreiben und gegeneinander abzuwägen. Dazu gehören die Interessen der Siedlungsentwicklung, des Hochwasserschutzes, der Revitalisierung, des Natur- und Landschaftsschutzes und der Gewässernutzung. Je nach Situation sind noch weitere Interessen betroffen wie bspw. der Ortsbild- und Denkmalschutz. Im Folgenden werden die Interessen für die drei eingedolten Abschnitte aufgelistet, bewertet und abgewogen. - 1. Abschnitt zwischen den Parzellen Nrn. 988 und 993: <ul style="list-style-type: none"> <i>Siedlungsentwicklung:</i> Die Parzellen Nrn. 988 und 993 sind der Wohnzone W1 bzw. der Wohn-/Geschäftszone WG2 zugewiesen. Entsprechend besteht im Sinne einer haushälterischen und effizienten Nutzung des Bodens und bestehender Baulandreserven ein Interesse an einer baulichen Nutzung der beiden Parzellen. Das Gewässer und entsprechend ein allfälliger Gewässerraum verläuft allerdings bei beiden Parzellen entlang der Parzellengrenze. Die Parzellen werden nicht durchschnitten. Eine Bebauung der Parzellen ist daher in Beachtung der Grösse der Parzellen (1'206 m² und 569 m²) und der zulässigen maximalen Bebauungsziffer (§ 21 ZRS) weiterhin möglich. Die Ausgestaltung eines naturnahen und extensiv gestalteten Gewässerraums kann hingegen langfristig zur Aufwertung des Siedlungs- und Lebensraums führen. Die weiteren Parzellen, welche von einem allfälligen Gewässerraum betroffen sind (Nrn. 989, 1209, 1210 und 1026) sind bereits bebaut. Die Bauten und Anlagen, welche innerhalb des Gewässerraums zu liegen kommen, geniessen Bestandesgarantie. Folglich kann die bestehende bauliche Nutzung bzw. können die bestehenden Bauten und Anlagen auch mit dem Gewässerraum bestehen bleiben. <i>Hochwasserschutz:</i> Vom Haldenbächli geht keine Hochwasserrisiko aus. Entsprechend trägt ein Gewässerraum auch nicht zu einem verbesserten Hochwasserschutz bei. <i>Revitalisierung:</i> Die strategische Revitalisierungsplanung bzw. das kantonale Wasserbaukonzept sehen keine Freilegung des Bächlis im Bereich der Parzellen Nrn. 988 und 993 vor. Grundsätzlich ist jedoch der Ersatz von bestehenden Dolen nicht erlaubt (Art. 38 GSchG). Aufgrund der Topographie und der Lage des Bächleins wird der Aufwand dafür nicht als unverhältnismässig hoch eingestuft. Ausreichend unverbauter Raum ist dazu im Bereich des heutigen Verlaufs vorhanden. Das ökologische Potential wird demnach als hoch eingestuft. Der Raum für potentielle Ausdolungen ist daher mit dem Gewässerraum zu sichern. <i>Natur- und Landschaftsschutz:</i> Grundsätzlich sind keine übergeordneten Natur- und Landschaftswerte betroffen. Allerdings fliesst bereits ausserhalb und auf einem kurzen Abschnitt innerhalb des Siedlungsgebietes das Haldenbächli frei, bei denen auch eine Uferschutzzone bereits ausgeschieden wurde. Mit der Freilegung der restlichen Abschnitte im Bereich zwischen den Parzellen Nrn. 989 und 1026 können diese offen fliessenden Abschnitte verbunden, neue Lebensräume geschaffen und eine Vernetzung zwischen dem Siedlungsgebiet und dem südlichen Landschaftsgebiet hergestellt werden. Dies stellt aus ökologischer Sicht einen hohen Mehrwert dar. <i>Gewässernutzung:</i> Das Haldenbächli wird aktuell nicht genutzt und eignet sich auch nicht für eine ökonomische Nutzung oder zur Freizeitnutzung. <p>Wägt man nun die unterschiedlichen, beschriebenen Interessen gegeneinander ab, so wird es augenscheinlich, dass einem Verzicht auf die Gewässerraumfestlegung überwiegende Interessen entgegenstehen. Der Mehrwert, welcher für die Natur und Umwelt geschaffen werden kann durch eine Bachfreilegung und entsprechend das ökologische Potential sind hoch. Demgegenüber können die bestehenden Baulandreserven nach wie vor ausreichend genutzt werden. Auf die Gewässerraumfestlegung kann daher nicht verzichtet werden.</p>

Gewässer	Begründung und Interessenabwägung
-	<p>2. Abschnitt im Bereich der Strassen:</p> <p><i>Siedlungsentwicklung:</i> Das Haldenbächli verläuft hier unter der Erlenstrasse, der Hauptstrasse und unter dem Weg "Im Baumgarten". Dabei handelt es sich gemäss Strassennetzplan Siedlung um eine öffentliche Erschliessungsstrasse bzw. um einen öffentlichen Erschliessungsweg. Die Hauptstrasse ist eine Kantonsstrasse und gemäss kantonalem Richtplan eine Hauptverkehrsstrasse. Sie erfüllen entsprechend eine Erschliessungsfunktion im öffentlichen Interesse. Des Weiteren sind sie standortgebunden aufgrund der bestehenden Bebauungssituation.</p> <p>Die Parzellen entlang der Strassen sind Teil der Wohn- und Geschäftszonen WG2 bzw. der Wohnzone W3. Entsprechend besteht hier ein öffentliches Interesse an einer dichteren Bebauung. Zudem sind die Parzellen bereits überbaut, wodurch nicht genügend Raum für eine Ausdolung vorhanden ist.</p> <p><i>Hochwasserschutz:</i> Vom Haldenbächli geht kein erhebliches Hochwasserrisiko aus. Entsprechend würde eine Gewässerraumfestlegung keine Verbesserung der Hochwassersituation herbeiführen.</p> <p><i>Revitalisierung:</i> Die strategische Revitalisierungsplanung bzw. das kantonale Wasserbaukonzept sehen keine Freilegung des Bächlis im Bereich der Strassen vor. Grundsätzlich ist jedoch der Ersatz von bestehenden Dolen nicht erlaubt (Art. 38 GSchG). Aufgrund der Lage des Gewässers unter den Strassen und im Bereich bereits überbauter Parzellen wird der Aufwand für eine Ausdolung jedoch als unverhältnismässig hoch eingestuft. Das ökologische Potential dieses kurzen Abschnitts ist eher gering. Aufgrund der Lage mitten im Siedlungsgebiet und des fehlenden Platzes wäre die Erstellung eines unbeeinflussten Gewässerlaufs eher unwahrscheinlich.</p> <p><i>Natur- und Landschaftsschutz:</i> Grundsätzlich sind keine übergeordneten Natur- und Landschaftswerte betroffen.</p> <p><i>Gewässernutzung:</i> Das Haldenbächli wird weder zu ökonomischen noch zu freizeitlichen Zwecken genutzt. Eine derartige Nutzung ist auch nicht vorgesehen. Der Zugang zum Gewässer ist allerdings gewährleistet.</p> <p>Wägt man nun die unterschiedlichen, beschriebenen Interessen gegeneinander ab, so zeigt sich, dass einem Verzicht auf die Gewässerraumfestlegung keine überwiegenden Interessen entgegenstehen. Auf die Gewässerraumfestlegung kann daher im Bereich Strassen verzichtet werden.</p> <p>3. Abschnitt im Bereich der Parzellen Nrn. 366 und 367:</p> <p><i>Siedlungsentwicklung:</i> Die Parzellen Nrn. 366 und 367 befinden sich beide jeweils in der Kernzone K2 und der Wohnzone W3. Sie sind entsprechend Teil der bestehenden Bauzonen, welche sich im Ortskern bzw. an zentraler Lage der Gemeinde Thürnen befinden. Es besteht ein grosses Interesse, dass die bestehenden Baulandreserven an zentraler Lage und im Hauptsiedlungsgebiet effizient genutzt werden können. Insbesondere der südliche Teil der Parzellen in der Wohnzone W3 ist heute noch nicht überbaut und genutzt und weist entsprechende Reserveflächen auf. Auf Parzelle Nr. 366 könnten die bestehenden Reserven in Beachtung der Grenzabstände bei einer Gewässerraumfestlegung nicht mehr genutzt werden. Zudem würde eine Erschliessung des südlichen Teils der Parzelle sehr stark erschwert.</p> <p><i>Hochwasserschutz:</i> Vom Haldenbächli geht kein erhebliches Hochwasserrisiko aus. Entsprechend würde eine Gewässerraumfestlegung keine Verbesserung der Hochwassersituation herbeiführen.</p> <p><i>Revitalisierung:</i> Die strategische Revitalisierung bzw. das kantonale Wasserbaukonzept sieht keine Freilegung des Haldenbächlis vor. Grundsätzlich ist jedoch der Ersatz von bestehenden Dolen nicht erlaubt (Art. 38 GSchG). Langfristig ist also die Freilegung des Baches zu prüfen, spätestens wenn die Dole ersetzt bzw. erneuert werden müsste. Da der Weg "Im Baumgarten" allerdings aufgrund seiner Erschliessungsfunktion langfristig Bestand haben wird, würde lediglich die Freilegung im Bereich der Parzellen Nrn. 366 und 367 möglich. Dies entspricht einer Länge von rund 40 Metern. Die Erschliessung der Parzelle Nr. 366 ist jedoch weiterhin ab dem Weg "Im</p>

Gewässer	Begründung und Interessenabwägung
Grabackerbächli	<p data-bbox="477 271 1410 539">Baumgarten", auch bei einer Gewässerraumfestlegung möglich. Daher verkürzt sich die potentiell freizulegende Bachlänge auf rund 30 Meter. Das ökologische Potential dieses kurzen Abschnitts ist jedoch eher gering. Die Vernetzung zum westlichen bzw. südlichen Bachlauf könnte auch so nicht hergestellt werden. Aufgrund der Lage mitten im Siedlungsgebiet wäre die Erstellung eines unbeeinflussten Gewässerlaufs eher unwahrscheinlich. Eine offene Führung des Gewässers würde vor allem im Mündungsbereich in den Homburgerbach einen wirklichen Mehrwert generieren, da eine Vernetzung mit dem Haldenbächli erstellt werden könnte. Dieser Bereich ist allerdings bereits gesichert durch den Gewässerraum für den Homburgerbach.</p> <p data-bbox="477 555 1410 689"><i>Natur- und Landschaftsschutz:</i> Grundsätzlich sind keine übergeordneten Natur- und Landschaftswerte betroffen. Eine durchgehende Vernetzung kann auch mit einer Ausdolung nicht erstellt werden, da die westlich angrenzenden Abschnitte, welche sich unter Strassen und im Bereich weitgehend überbauter Parzellen befinden, nicht freigelegt werden können.</p> <p data-bbox="477 705 1410 801"><i>Gewässernutzung:</i> Das Haldenbächli wird weder zu ökonomischen noch zu freizeitlichen Zwecken genutzt. Eine derartige Nutzung ist auch nicht vorgesehen. Der Zugang zum Gewässer ist allerdings gewährleistet.</p> <p data-bbox="477 817 1410 952">Wägt man nun die unterschiedlichen, beschriebenen Interessen gegeneinander ab, so zeigt sich, dass einem Verzicht auf die Gewässerraumfestlegung keine überwiegenden Interessen entgegenstehen. Auf die Gewässerraumfestlegung kann daher im Bereich der Parzellen Nrn. 366 und 367 verzichtet werden.</p> <p data-bbox="429 967 1410 1135">Fazit Haldenbächli: Für das Haldenbächli wird eine Gewässerraum mit einer Breite von 11.0 Metern ausgeschieden. Gestützt auf die vorgängig aufgeführten Erläuterungen wird beim eingedolten Abschnitt unter den Strassen sowie im Bereich der Parzellen Nrn. 366 und 367 auf die Ausscheidung eines Gewässerraums verzichtet. Ein Teil des Gewässerraums befindet sich ausserhalb des Siedlungsgebietes, weshalb dieser im Rahmen einer kantonalen Nutzungsplanung festgelegt wird.</p> <ul data-bbox="429 1167 1410 2016" style="list-style-type: none"> - Beim Grabackerbächli handelt es sich ebenfalls um ein kleines Fliessgewässer. Der kantonale Gewässerkataster beinhaltet wiederum keine Angaben zur Breite der Gerinnesohle oder die Breitenvariabilität. - Das Fehlen der kantonalen Daten ist auch hier ein Hinweis darauf, dass es sich um ein kleines Gewässer mit einer natürlichen Gerinnesohlenbreite von weniger als 2 Metern handelt. Eine entsprechende Begehung des Fliessgewässers hat diesen Hinweis bestätigt. - Das Gewässer liegt weder in einem Biotop von nationaler Bedeutung noch in einem kantonalen Naturschutzgebiet, in einer Moorlandschaft von besonderer Schönheit und nationaler Bedeutung, in einem Wasser- und Zugvogelreservat von internationaler oder nationaler Bedeutung, in einer Landschaft von nationaler Bedeutung oder in einem kantonalen Landschaftsschutzgebiet. - Basierend auf den Berechnungsmethoden der eidgenössischen Gewässerschutzverordnung (Art. 41a Abs. 2 lit. a. GSchV) hat der minimale Gewässerraum daher durchgehend eine Breite von 11.00 Metern. - Die Verbreiterung des minimalen Gewässerraumes zur Gewährleistung des Schutzes vor Hochwasser ist nicht notwendig. Es befinden sich keine Gefahrenbereiche mit erheblicher Gefährdung entlang des Bächlis. - Die strategische Revitalisierungsplanung des Kantons sieht keine Revitalisierung des Gewässers vor, entsprechend ist auch ein Verbreiterung zugunsten von Revitalisierungsmassnahmen nicht notwendig. - Das Fliessgewässer ist jedoch grossmehrheitlich innerhalb des Siedlungsgebietes eingedolt. Entsprechend gilt es zu prüfen bzw. eine Interessenabwägung durchzuführen, ob für den eingedolten Abschnitt auf die Festlegung eines Gewässerraums verzichtet werden kann. Im Folgend werden daher die betroffenen Interessen aufgeführt, bewertet und gegeneinander abgewogen. <p data-bbox="453 2031 1410 2089"><i>Siedlungsentwicklung:</i> Der eingedolte Abschnitt befindet sich innerhalb des Siedlungsgebietes und durchquert die bestehenden Wohnzonen W1 und W2. Hier besteht ein hohes Interesse an einer</p>

Gewässer**Begründung und Interessenabwägung**

effizienten und nachhaltigen Nutzung des Baulands. Zudem befindet sich das Gewässer teilweise unter dem Grabackerweg, der Langackerstrasse, der Grabackerstrasse und der Hauptstrasse. Sie erfüllen gemäss Strassennetzplan eine öffentliche Erschliessungsfunktion und sind aufgrund der bestehenden Bebauung und der Topographie standortgebunden. Entsprechend werden sie langfristig Bestand haben.

Hochwasserschutz: Vom Grabackerbächli geht kein erhebliches Hochwasserrisiko aus. Entsprechend würde eine Gewässerraumfestlegung keine Verbesserung der Hochwassersituation herbeiführen.

Revitalisierung: Die strategische Revitalisierung bzw. das kantonale Wasserbaukonzept sieht keine Freilegung des Grabackerbächlis vor. Grundsätzlich ist jedoch der Ersatz von bestehenden Dolen nicht erlaubt (Art. 38 GSchG). Langfristig ist also die Freilegung des Baches zu prüfen, spätestens wenn die Dole ersetzt bzw. erneuert werden müsste. Im Bereich zwischen der Hauptstrasse und der Grabackerstrasse sind die Parzellen allerdings überbaut. Sie werden zudem von der Grabackerstrasse her erschlossen. Der Raum für eine Bachfreilegung ist hier sehr begrenzt. Das ökologische Potential für diesen Abschnitt wird daher als gering eingeschätzt. Aufgrund der Lage mitten im Siedlungsgebiet und der notwendigen Querung zu Erschliessungszwecken wäre die Erstellung eines unbeeinflussten Gewässerlaufs hier eher unwahrscheinlich.

Der Abschnitt zwischen der Grabackerstrasse und der Langackerstrasse ist teilweise bebaut. Insbesondere die Parzelle Nr. 620 weist jedoch gegen Norden genügend Raum für eine Bachfreilegung auf. Das Areal ist noch unbebaut. Entsprechend ist hier das ökologische Potential hoch. Die Parzelle Nr. 581 ist jedoch bereits überbaut. Der Raum für eine Bachfreilegung ist nur sehr begrenzt vorhanden. In Beachtung der Topographie und des nachfolgend eingedolten Abschnitts ist entsprechend eine Ausdolung nur mit unverhältnismässig hohem Aufwand möglich.

Im Bereich der Parzelle Nr. 604 befindet sich das Gewässer unter dem Grabackerweg. Dieser wird langfristig Bestand haben. Jedoch ist auf der angrenzenden Parzelle Nr. 604 noch unverbauter Raum vorhanden, der für eine Bachfreilegung genutzt werden könnte. Da das Gewässer im Bereich der südlich angrenzenden Parzelle Nr. 839 bereits offen fliesst, wird das ökologische Potential entsprechend hoch eingestuft.

Natur- und Landschaftsschutz: Grundsätzlich sind keine übergeordneten Natur- und Landschaftswerte betroffen. Eine durchgehende Vernetzung kann auch mit einer Ausdolung nicht erstellt werden, da das Gewässer nicht verrückbare Infrastrukturen (Strasse und Bahn) unterquert und entsprechend nicht freigelegt werden kann.

Gewässernutzung: Das Grabackerbächli wird weder zu ökonomischen noch zu freizeitlichen Zwecken genutzt. Eine derartige Nutzung ist auch nicht vorgesehen. Der Zugang zum Gewässer ist allerdings gewährleistet.

Wägt man nun die unterschiedlichen, beschriebenen Interessen gegeneinander ab, so zeigt sich, dass im Bereich zwischen der Parzelle Nr. 581 und der Hauptstrasse einem Verzicht auf die Gewässerraumfestlegung keine überwiegenden Interessen entgegenstehen. Aufgrund des vorhandenen Raums und des hohen ökologischen Potentials im Bereich der Parzelle Nr. 620 und 604 kann in diesem Abschnitt nicht auf eine Gewässerraumfestlegung verzichtet werden.

Fazit Grabackerbächli: Für den offen fliessenden Abschnitt wird ein Gewässerraum mit einer Breite von 11.0 Metern ausgeschieden. Gestützt auf die vorgängig aufgeführten Erläuterungen wird für den eingedolten Abschnitten zwischen der Parzelle Nr. 581 und der Hauptstrasse auf die Ausscheidung eines Gewässerraums verzichtet. Die vom Gewässerraum überlagerten Uferschutzzonen bleiben bestehen.

Zur Gewährleistung einer einheitlichen Ausscheidung beantragt zudem die Gemeinde beim Kanton, den Gewässerraum auch im Bereich zwischen dem Siedlungsgebiet und dem Teilzonenplan Neumatt / Leim im Landschaftsgebiet gestützt auf §12a Abs. 2 RBG mit vorliegender Mutation festlegen zu können. Ein Teil des Gewässerraums im Westen befindet sich zudem ausserhalb des Siedlungsgebiets, weshalb dieser im Rahmen einer kantonalen Nutzungsplanung festgelegt wird.

5 Kantonale Vorprüfung

Die Mutation "Gewässerraum" zu den Zonenplänen Siedlung und Landschaft sowie zum Teilzonenplan "Neumatt / Leim" wurde mit Schreiben vom 7. November 2019 beim Amt für Raumplanung zuhanden der kantonalen Vorprüfung eingereicht. Mit Schreiben vom 3. März 2020 haben die kantonalen Fachstellen Stellung zu den eingereichten Planungsinstrumenten genommen. Die Vorprüfungsergebnisse wurden entsprechend bei den weiteren Planungsarbeiten berücksichtigt.

6 Öffentliche Mitwirkung

Gestützt auf das Raumplanungs- und Baugesetz (§ 7 RBG) hat der Gemeinderat das öffentliche Mitwirkungsverfahren durchgeführt. Es dauerte vom 10. August 2020 - 10. September 2020 mit öffentlicher Einsichtnahme der Planungsdokumente während der Mitwirkungsdauer (bei der Gemeindeverwaltung / auf der Homepage der Gemeinde). Das Mitwirkungsverfahren wurde im Amtsblatt Nr. 31 vom 30. Juli 2020, im Gemeindeanzeiger Thürnen Nr. 552 vom 26. Juni 2020 und auf der Homepage der Gemeinde publiziert. Am 19. August 2020 hat eine öffentliche Infoveranstaltung stattgefunden, an der die Bevölkerung über die Inhalte der Planungsinstrumente informiert wurde. Zudem fanden am 1. September 2020 und am 3. September 2020 jeweils eine Sprechstunde statt, an der die Bevölkerung Fragen dem Gemeinderat direkt stellen konnte. Im Rahmen des Mitwirkungsverfahrens sind 8 Eingaben zu verschiedenen Planungsfelder beim Gemeinderat eingegangen. Details dazu sind dem Mitwirkungsbericht zu entnehmen, der für die Planungsfelder Gewässerraum, Strassennetzplan Siedlung und Mut. Strassennetzplan "Erschliessung Pumpwerk und Anpassung Wanderwegnetz" gemeinsam erstellt wurde. Der Mitwirkungsbericht wurde im kommunalen "Amtlichen Mitteilungsblatt Nr. 561, vom 30. April 2021" publiziert.

7 Beschlussfassung

Der Gemeinderat hat mit Beschluss Nr. 140 am 12. April 2021 die Mutation "Gewässerraum" beschlossen und für die Beschlussfassung durch die Einwohnergemeindeversammlung freigegeben.

...wird nach Ablauf des Verfahrens weiter ergänzt.

8 Auflage

...wird nach Ablauf des Verfahrens ergänzt.

9 Genehmigungsantrag

...wird nach Ablauf des Verfahrens ergänzt.

10 Weiteres Vorgehen / Fazit

In einem nächsten Schritt soll die Mutation "Gewässerraum" zum Zonenplan Siedlung, Zonenplan Landschaft und Teilzonenplan Neumatt / Leim von der Einwohnergemeindeversammlung beschlossen werden. Mit vorliegender Planung wird, gestützt auf eine umfassende Interessenabwägung, die Gewässerraumplanung gemäss §12a RBG umgesetzt. Die übergeordneten Vorgaben von Bund und Kanton sind dabei berücksichtigt worden.

Berichterstattung im Namen des Gemeinderates / Fachliche Beratung

Stierli + Ruggli Ingenieure + Raumplaner AG

Lausen, 6. Mai 2021